

FORDERUNGEN DES DEUTSCHEN OMNIBUSGEWERBES ZU UMWELTZONEN

1. Die deutschen Busunternehmen fordern die sofortige Aussetzung der am 1.1.2012 in Kraft getretenen diskriminierenden Verschärfung der Fahrverbote in der Berliner Umweltzone, die nur für in Deutschland zugelassene Busse gilt.
2. Der neu gebildete Berliner Senat aus SPD und CDU hat im November 2011 in der Koalitionsvereinbarung angekündigt dass weiterhin in vereinfachter Form Ausnahmegenehmigungen für Reisebusse mit gelber Plakette für das Befahren der Umweltzone bis zum Jahr 2014 unabhängig vom Land der Zulassung erteilt werden sollen. Die deutschen Busunternehmen fordern, dass das Primat der Politik gilt und unverzüglich umgesetzt wird. Nur so kann weiterer Schaden von der Berliner Tourismuswirtschaft abgewendet werden.
3. Die deutschen Busunternehmen fordern freie Fahrt für Reisebusse mit gelber Plakette in allen deutschen Städten (auch in Bremen, Frankfurt a. Main, Osnabrück und Stuttgart)
 - da zum 1.1.2011 von den insgesamt 76.500 in Deutschland zugelassenen Bussen nur 46% der Fahrzeuge die geforderte Schadstoffklasse IV erfüllen und die Fahrverbote somit faktisch zu einem Berufsausübungsverbot führen können und insbesondere kleine Busbetriebe existentiell gefährdet.
 - da Reisebusse mit Euro 3 Standard (gelbe Plakette) im Vergleich zu allen anderen motorbetriebenen Verkehrsmitteln zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern gehören sind solche Aussperrungen von Bussen mit gelber Plakette weder umweltfreundlich noch verhältnismäßig. Die Busunternehmen begrüßen, dass die Bundesregierung der finanziellen Förderung umweltfreundlicher Mobilität hohe politische Priorität einräumt.
 - da aktuelle Gutachten zu dem Schluss kommen, dass Umweltzonen generell zu keiner besseren Luftqualität führen und somit der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit missachtet wird. So kommt das Fraunhofer-Institut für die IHK Ulm Ende Oktober 2011 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass die Einrichtung von Umweltzonen „keine Verbesserung der Luftsituation“ bringt und somit keinen Sinn macht.

Berlin, 6. Januar 2012

